

**Zeitschrift:** Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

**Herausgeber:** Schweizerischer Gewerkschaftsbund

**Band:** 63 (1971)

**Heft:** 4

**Artikel:** Die ceylonesische Gewerkschaftsbewegung

**Autor:** Brügel, J.W.

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-354501>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 25.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Die ceylonesische Gewerkschaftsbewegung

Wenig ist in Europa darüber bekannt, dass es im fernen Ceylon eine zahlenmäßig recht starke freigewerkschaftliche Bewegung gibt, die in einem von sozialen und nationalen Gegensätzen erschütterten Entwicklungsland einen schweren Kampf für die Rechte der arbeitenden Menschen ohne Unterschied der nationalen Zugehörigkeit führt. Der Ceylonesische Gewerkschaftsbund (Ceylon Workers' Congress) wurde 1939 gegründet, als Ceylon noch eine britische Kolonie war, und hieß anfangs Indian National Congress. Das bringt zum Ausdruck, dass der Gewerkschaftsbund eine Gründung von ausschliesslich tamilischen Arbeitern war, das heißt Angehörigen des Volkes der Tamilen, deren grösster Teil im südöstlichen Indien lebt. Die tamilische Bevölkerung Ceylons besteht aus Nachkommen von Einwanderern aus Indien, aber das trifft auf die gesamte Bevölkerung der Insel zu. Freilich vollzog sich die Einwanderung in Etappen. Zuerst kamen die Singhalesen, die die Bevölkerungsmehrheit unter den zwölf Millionen Bewohnern von Ceylon stellen, dann kam die erste Gruppe von Tamilen, deren Nachkommen ungefähr zwei Millionen Menschen ausmachen, und schliesslich wurden vor zwei oder drei Generationen weitere Tamilen als Zwangsarbeiter von den englischen Kolonialherren auf die Insel gebracht. Die Zahl ihrer Nachkommen beträgt ungefähr 1 100 000. Dass der Gewerkschaftsbund eine Gründung von tamilischen Arbeitern ist, ist nicht unlogisch, da die Tamilen einen verhältnismässig grösseren Anteil an den Lohnarbeitern der Insel stellen als die Singhalesen. Die Teeplantagen, auf denen meist Tamilen arbeiten, machen 85 Prozent des Wirtschaftspotentials Ceylons aus. Aber nach der Selbstständigung der Insel hat die Organisation ihre Pforten auch den singhalesischen Arbeitern geöffnet und sich 1950 als Ceylonesische Gewerkschaftsorganisation konstituiert. 1954 ist der ceylonesische Gewerkschaftsbund dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften in Brüssel beigetreten; der Präsident des Gewerkschaftsbundes S. Thondaman ist Mitglied des Exekutivausschusses des IBFG und der Ceylonesische Gewerkschaftsbund ist auch in einer Reihe von freigewerkschaftlichen Berufsinternationalen vertreten. Eine Besonderheit der ceylonesischen Organisation ist, dass sie eine Landeszentrale ohne angeschlossene Einzelverbände darstellt. Ihre Mitglieder sind nach Berufen organisiert, aber es gibt nicht das Zwischenglied der Einzelverbände. Von den 340 000 Mitgliedern des Gewerkschaftsbundes arbeitet die grössere Hälfte (230 000) auf den Teeplantagen. Etwa 50 000 der Mitglieder sind Singhalesen, der Rest Tamilen. Eine verhältnismässig so hohe Mitgliederzahl ist natürlich nur möglich, wenn der Gewerkschaftsbeitrag von noch immer sehr

schlecht bezahlten Arbeitern niedrig gehalten wird. Er beträgt eine Rupie (etwa 50 Rappen) per Monat.

Der Kampf für die soziale Besserstellung der Arbeiter Ceylons wird immer wieder durch die nationalen Gegensätze behindert, die aus machtpolitischen Erwägungen hochgespielt werden. Wie gewöhnlich in einem solchen Fall haben auch sie eine soziale Wurzel, das heisst, die Minderheit der Tamilen ist im Durchschnitt sozial schlechter gestellt als der Durchschnitt der singhalesischen Bevölkerungsmehrheit, und der Kampf der Tamilen um nationale Gleichberechtigung ist – wenn auch nicht in gewissen nationalistischen Auswüchsen – im Grunde doch auch ein Kampf um ein besseres Leben. Die Situation wird dadurch verschärft, dass es das Bemühen aller bisherigen Regierungen des 1948 unabhängig gewordenen Ceylon war, die singhalesische Bevölkerungsmehrheit auf Kosten der Tamilen zu stärken. Unter der britischen Kolonialherrschaft waren alle Bewohner Ceylons ceylonesische Staatsbürger und hatten das Wahlrecht; als Ceylon unabhängig wurde, erklärte die erste, von Vertretern der sogenannten Vereinigten Nationalpartei unter Führung von Dudley Senanayaka senior gebildete Regierung des selbständigen Staates die Nachkommen der als Zwangsarbeiter ins Land gebrachten Tamilen als staatenlos, nahm ihnen das Wahlrecht und begann, einen Druck auf Indien auszuüben, es möge dem «Rücktransport» dieser Tamilen nach Indien zustimmen. Das mehr als übergängliche Indien lehnte natürlich ab, Menschen als «Rückwanderer» aufzunehmen, deren Väter oder Grossväter in Indien geboren waren, die aber selbst keinerlei Beziehung zu dem Land hatten.

Der Ceylonesische Gewerkschaftsbund ist an sich nicht parteipolitisch gebunden und hat als einzige Ideologie das Ideal eines besseren Lebens für die arbeitenden Menschen Ceylons ohne Unterschied der Nationalität. Aber er hat in den fünfziger Jahren die von Salomon *Bandaranaike* geführte Opposition – die Sri Lanka Freedom Party (Ceylonesische Freiheitspartei) – unterstützt, weil er sie dem sozialen Fortschritt gegenüber für aufgeschlossener hielt. Bandaranaike siegte bei den Wahlen über die frühere Regierung Senanayake und übernahm die Regierungsbildung, aber seine Partei zeichnete sich durch einen übersteigerten singhalesischen Nationalismus aus, der gegenüber den Tamilen einen schärferen Ton anschlug und insbesondere auf die Deportierung der staatenlos gewordenen Tamilen drängte.

Nachdem Bandaranaike von einem buddhistischen Mönch ermordet worden war, ging die Partei – und Regierungsführung auf seine Witwe über, und diese setzte nach längeren Verhandlungen mit dem damaligen indischen Regierungschef Shastri ein Abkommen durch, worin sich Indien verpflichtete, 400 000 Tamilen aufzunehmen; als Gegenleistung nahm die ceylonesische Regierung die Verpflichtung auf sich, 700 000 der in Ceylon verbleibenden staatenlosen Tamilen

zu Staatsbürgern zu machen und sie dem Rest der Bevölkerung gleichzustellen. Das Beharren der Regierung Bandanaraike auf Entfernung von möglichst vielen Tamilen aus dem Land brachte sie in Konflikt mit dem Gewerkschaftsbund, der sich damals der von Dudley Senanayake jun. geführten Nationalpartei näherte, die in diesen Dingen weit weniger aggressiv erschien.

Als Senanayake jun. 1965 die Wahlen gewann und die Regierung bildete, bewies er anfangs einiges Verständnis für die Wünsche des Gewerkschaftsbundes in der Frage der staatenlosen Tamilen (man nennt sie «indische Tamilen»), aber bald kam es zwischen der Regierung Senanayake und dem Gewerkschaftsbund auch zum Konflikt, weil die Versprechungen in bezug auf die indischen Tamilen nicht eingehalten wurden. Den staatenlosen Tamilen wurde zwar in Aussicht gestellt, dass sie, wenn sie die mehr oder weniger erzwungene Auswanderung nach Indien ablehnen, sich um die ceylonesische Staatsbürgerschaft bewerben könnten, aber man machte alles, um diesen Menschen die Bewerbung zu erschweren. So wurde von elend bezahlten Plantagenarbeitern im Norden der Insel verlangt, zwecks Ueberreichung ihres Ansuchens persönlich nach der weit entfernten Hauptstadt Colombo zu kommen. Das Ansuchen jedes einzelnen Familienmitglieds muss notariell beglaubigt werden, und da es im Wohnort der Arbeiter meist keinen Notar gibt, sind damit teure Reisen und der Verlust des Lohns für alle Familienmitglieder verbunden. Der Gewerkschaftsbund klagt auch darüber, dass in den bisher wenigen Fällen, in denen indische Tamilen wieder zu ceylonesischen Staatsbürgern gemacht wurden, sie in mancher Beziehung weiter diskriminiert werden.

Die Wahlen vom Mai 1970 endeten mit einer Niederlage der Regierung Senanayake und dem Sieg des von Frau Bandanaraike geführten Wahlblocks, der aus ihrer Partei, der im allgemeinen als trotzkistisch bezeichneten «Gleichheitspartei» und der kommunistischen Partei bestand. Keine dieser drei Parteien ist nach europäischen Begriffen eine Arbeiterpartei. Alle sind Gründungen von bürgerlichen Intellektuellen mit mehr oder minder ausgeprägten sozialistischen Neigungen, obwohl die an sich kleine Kommunistische Partei – wie immer in solchen Fällen – sehr straff organisiert ist. Als wir die Funktionäre des ceylonesischen Gewerkschaftsbundes befragten, ob nicht wenigstens den sozialen Forderungen der Arbeiter gegenüber von der als «Linksblock» bezeichneten neuen Regierung Bandanaraike mehr Verständnis zu erwarten sei als von der vorangegangenen, eher rechtsgerichteten Regierung, wurde uns bedeutet, dass es in dieser Beziehung zwischen Regierung und Opposition kaum einen Unterschied gebe und dass der Gewerkschaftsbund seinen Kampf um die Besserstellung der ceylonesischen Arbeiter allein zu führen gezwungen sei. In der Frage der Tamilen nimmt die Regierung der Frau Bandanaraike eine weit aggressivere

Haltung ein als ihr Vorgänger. Zwar wird versichert, dass nicht stimmt, was man der singhalesischen Bevölkerungsmehrheit immer vorwirft, nämlich dass sie die Tamilen entnationalisieren und absorbieren wolle; aber dass die Regierung Bandanaraike darauf aus geht, die Stellung der Singhalesen gegenüber den Tamilen zu stärken, kann kaum bezweifelt werden, auch wenn ein Angehöriger des Volkes der Tamilen der Regierung Bandanaraike angehört. Für die bis jetzt staatenlosen Tamilen bedeutet die Haltung der Regierung Bandanaraike eine deutliche Verschlechterung. Der Verlust von 400 000 Menschen, die zur «Rückführung» nach Indien bestimmt sind, hätte einen katastrophalen Einfluss auf die ceylonesische Wirtschaftslage, da die in Betracht kommenden Menschen auf den Teeplantagen arbeiten und nicht ersetzt werden können. Sowohl jene wie auch die 700 000, die ihren Willen erklärt haben, als Staatsbürger im Lande bleiben zu wollen, werden in einem Zustand der Ungewissheit gehalten, und sie haben keine Ahnung, was ihnen der nächste Tag bringen wird.

Bald nach Uebernahme der Regierung durch Frau Bandanaraike erinnerte der Gewerkschaftsbund in einer Resolution die Regierung daran, dass sie sich die Aufgabe gestellt hatte, in einer neuen Verfassung Ceylon als «freie, souveräne und unabhängige Republik» auszurufen, die sich zur Verwirklichung der Ziele einer sozialistischen Demokratie verpflichtet, und dass dies im unüberbrückbaren Gegensatz zu der Verweigerung der Gleichberechtigung für mehr als eine Million Menschen stehe. Der ceylonische Gewerkschaftsbund wurde von dem Exekutivausschuss der Asiatischen Regionalorganisation des IBFG unterstützt, der auf seiner letzten Tagung in Jakarta im September 1970 einen Appell an die ceylonische Regierung beschloss, die Verweigerung der grundlegenden Menschenrechte für mehr als eine Million von Bewohnern der Insel nicht zu verewigen. Er führte in seinem Beschluss aus, dass es im Widerspruch zu den Grundsätzen der Demokratie und sozialen Gerechtigkeit stünde, wenn die vorzubereitende neue Verfassung der Insel die Diskriminierung einer wichtigen nationalen Minderheit mit allen damit hervorgerufenen menschlichen Leiden fortsetzen sollte. Bisher hat dieser Appell nur ein negatives Echo gefunden. Im Dezember 1970 beschloss die Regierung, die Anstellung von Arbeitnehmern, die nicht ceylonische Staatsbürger sind, von Arbeitsbewilligungen abhängig zu machen, um die sie sich selbst bewerben müssen. Das ist natürlich mit einer Gebühr verbunden, die die Arbeiter schwer aufbringen können. Es ist klar, dass diese Bestimmung als ein weiterer Druck gedacht ist, den in Frage kommenden Menschen die Auswanderung nahezulegen.

Abgesehen von den nationalpolitischen Problemen, die begreiflicherweise viel Energien in Anspruch nehmen, führt der ceylonische Gewerkschaftsbund einen energischen Kampf um die Verbesserung

rung des Loses der Arbeiter. Dabei sieht er sich oft Problemen eigener Art gegenüber, die weit über die rein sozialpolitischen hinausgehen. So muss er zum Beispiel dafür kämpfen, dass das Schulwesen für die Kinder der Plantagenarbeiter verbessert wird, da es nur sehr unzureichend durch die von den Betrieben errichteten Schulen gewährleistet wird; der Gewerkschaftsbund verlangt, dass diese Schulen nun in das staatliche Schulsystem einbezogen werden und dadurch eine gesicherte Grundlage bekommen. Bemerkenswert ist, dass von allem Anbeginn an der Ceylonesische Gewerkschaftsbund der Organisation von weiblichen Arbeitskräften grosse Aufmerksamkeit geschenkt hat und eine sehr aktive Frauengruppe besitzt, die – wenn der Kongress des Gewerkschaftsbundes tagt – ihre Sondertagung abhält. Eine gewisse Ironie liegt aber darin, dass Ceylon der erste Staat in der Welt war, in dem eine Frau die Regierungsführung übernommen hatte, dass aber die Löhne der Frauen dem ohnehin sehr geringen Lohn der Männer noch weit nachhinken. In Ceylon besteht auch eine (kleine) kommunistische Gewerkschaftszentrale, die dem Weltgewerkschaftsbund angeschlossen ist.

Zu den schon an sich nicht leichten Aufgaben einer freigewerkschaftlichen Organisation in Entwicklungsländern tritt im Falle von Ceylon noch die Schwierigkeit hinzu, die sich aus den Bemühungen ergibt, die meist proletarische tamilische Bevölkerungsminderheit möglichst zurückzudrängen. Da es in Ceylon keine richtige Arbeiterpartei im europäischen Sinne gibt (wenn auch viele aktive Sozialisten in der ceylonesischen Freiheitspartei), ist der ceylonesische Gewerkschaftsbund die einzige demokratische Organisation der Insel, die Arbeiterinteressen vertritt, und verdient daher alle Unterstützung.

J. W. Brügel, London